



Bildquelle: fotolia/Ralf Geithe

## Verschärfung der Abschieberegeln?

Von wegen! Wie die Einheitsparteien mit Täuschungsmanövern die Wahltrommel rühren.

Seite 3



## Ein Brief an Frau Sojka

Der Hilferuf einer verzweifelten alleinerziehenden Mutter an das Landratsamt Altenburger Land mit der Bitte um finanzielle Unterstützung für die Klassenfahrt ihres Kindes.

Seite 3

## Fremdenfeindliches Altenburg!

Frank Schütze, Redner des Bürgerforum Altenburger Land, nimmt zu den Vorhalten aus Politik und Medien wegen des Theater-Boycott-Aufrufs Stellung.

Seite 4

## Donald Trump beschuldigt Angela Merkel eines katastrophalen Fehlers in der Flüchtlingsfrage

Eine Übersetzung von Dr. Gunter Seyffarth aus dem *The Independent* (England) vom 16.01.2017

Der Präsident erklärte gegenüber der BILD-Zeitung und der Times, dass die EU zum Vehikel für Deutschland verkommen sei.

Der US-Präsident Donald Trump erklärte in einem Zeitungsinterview, dass die deutsche Kanzlerin Angela Merkel einen katastrophalen Fehler mit ihrer Politik begangen habe, mehr als eine Million Migranten in ihr Land zu lassen.

In einem gemeinsamen Interview mit der Times und der deutschen Zeitung BILD sagte Trump weiter, dass die Europäische Union zu einem „Vehikel Deutschlands“ verkommen sei und dass weitere Mitgliedsstaaten den Verbund verlassen würden,



Foto: Gage Skidmore

den, ähnlich wie es die Briten im letzten Juni taten. „Ich denke, sie beging einen katastrophalen Fehler, der die Aufnahme all dieser Illegalen war“, sagte Trump über Merkel, die im August 2015 entschied, die deutschen Grenzen für Flüchtlinge, meist Moslems aus den nahöstlichen Kriegsgebieten, zu öffnen. „Und

niemand weiß auch nur irgendwie, woher die kommen! Das ist ein sehr großer Fehler!“, meinte Trump und fügte hinzu, dass er sie immer noch als eine der wichtigsten Staatsführer ansehe. Frau Merkel erwartet eine raue Schlacht um die Wiederwahl im September.

Weiterlesen auf Seite 2

## Ein Terrorist lebte jahrelang unerkannt in Altenburg

Ein Artikel von John Krass und Michael Külbel

Ein Thema, welches dem Altenburger vielleicht noch gar nicht bekannt war und von der Presse längst „ad acta“ gelegt wurde, erhält durch jüngste Ereignisse neue Aufmerksamkeit. Ganze fünfzehn Jahre vor der durch Kanzlerin Merkel in der EU verursachten Flüchtlingskrise, lebte ein später verurteilter Terrorist unerkannt in Altenburg.

Aschraf Al-Dagma kam 1999/2000 als Flüchtling aus Jordanien oder dem palästinensischen Gebiet nach Deutschland. In der BRD angekommen, erhielt er am 30. April 2000 politi-

sches Asyl, gemeldet war er beim Landratsamt Altenburger Land. Zumindest belegen das aktuelle Sanktionslisten der USA/UN. (1)

Er wohnte hier in Altenburg in der Leipziger Strasse 64. Aus der schon lange abgerissenen Unterkunft nahm er vermutlich Kontakt zu seinem Terrornetzwerk auf. Offenbar standen jüdische Ziele im Fadenkreuz der Terrornetzwerker. Berichten zufolge sind die Details der Anschläge entweder durch gezieltes Abhören der Anschlagplaner oder durch gegenseitige

Beschuldigungen und Geständnisse bekannt geworden. Teil des Planes war ein Bombenanschlag



Foto: Marco Unverzagt

auf die jüdische Gemeinde in Berlin. Weiteres Anschlagziel war ein Billardsalon bzw. eine Bar in Düsseldorf. Letztere sollte mit Handgranaten attackiert werden.

Weiterlesen auf Seite 3

## Wussten Sie, dass....

... der Freistaat Sachsen 40.000 € dafür ausgibt, dass eine Berliner Firma „Flüchtlinge“ Märchen vorliest?

... ein Verein für einen Garten fast 32.000 € bekommt, damit dort „Flüchtlinge“ gleichberechtigt Obst und Gemüse anbauen können?

... eine Künstlergruppe in Dresden für ein Malprojekt mit „Flüchtlingen“ unglaubliche 149.171 € erhalten soll?

... ein Verein, der sich gegen Pegida engagiert, für eine Studie und Beratungsdienste 112.040 € erhält?

Insgesamt hat der Freistaat Sachsen rund sieben Millionen Euro Steuergelder allein für Integrationsprojekte bewilligt, während für Kindertagesstätten, Obdachlosendomi-zile, Spielplätze oder Schulen angeblich kein Geld vorhanden ist.

Quelle: Einprozent.de

Zu ähnlichen Programmen in Thüringen liegen uns leider noch keine Zahlen vor, da diese von der Rot-Rot-Grünen Landesregierung gut unter Verschluss gehalten werden. Wir recherchieren weiter für Sie!

## Spendenaufruf

Sie finden unsere Arbeit unterstützenswert? Um das Projekt Bürger-Zeitung weiter stemmen zu können, benötigen wir Ihre Hilfe!

Spendenkonto:  
Deutscher Zivilschutz e.V.  
Kto: 990  
BLZ: 870 959 74  
Volksbank-Raiffeisenbank Glauchau eG

DE17 8709 5974 0000 0009 90  
BIC: GENODEF1GCI

- Anzeige -



## Donald Trump beschuldigt Angela Merkel eines katastrophalen Fehlers in der Flüchtlingsfrage

Fortsetzung von Seite 1

Trump, der am 20.01.17 die Amtsgeschäfte übernommen hat, betonte im Wahlkampf, dass er Moslems an der Einreise in die USA hindern wolle und harsche Beschränkungen gegen Einwanderer aus Ländern mit hohen islamistischen Aktivitäten einführen werde.

Zu Deutschland sagte Trump, dass Europa erst kürzlich einen wahren Eindruck der Folgen Merkelscher Einwanderungspolitik zu spüren bekam, ohne dies vorher durchdacht zu haben: Als vor einem Monat der Attentäter, ein gescheiterter tunesischer Asylsuchender, 12 Menschen tötete, indem er einen LKW in einen Weihnachtsmarkt fuhr und anschließend nach Italien floh, wo er von der Polizei erschossen wurde. Der Angreifer, Anis Amri, kam im Juli 2015 nach Deutschland, nachdem er zuvor vier Jahre in Italien im Gefängnis gesessen hatte. Das heißt, er betrat europäischen Boden schon lange vor Merkels Grenzentscheidung im August 2015.

Im Interview meinte Trump, die Briten hätten niemals für den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt, wären sie nicht mit der Migrationskrise konfrontiert gewesen. „Ich glaube strikt, wenn sie (die EU-Staaten) nicht gezwungen worden wären, all diese Flüchtlinge aufzunehmen, hätten die britischen Wähler nicht für den BREXIT gestimmt“, sagte Trump. „Es (Europa) hätte möglicherweise funktionieren können, aber das war der endgültige Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.“

Bezugnehmend auf seine deutschen Familienwurzeln sagte Trump, dass er stolz auf seine deutschen Vorfahren sei und dass er Deutschland liebe. Auf seine Charaktereigenschaften angesprochen und was er mit dem Deutschen verbinde, meinte er: Er liebe Ordnung und Stärke.

Die Vereinigten Staaten sind Deutschlands wichtigster Handelspartner und Trumps protektionistische Reden machen Geschäftsleute und Exporteure in Europas größter Wirtschaft nervös. Im Interview erklärte Trump, dass er einen Grenzzoll von 35 Prozent auf Autos des deutschen Herstellers BMW erheben werde, falls BMW ein neues Werk in Mexiko bauen würde und von dort in den US-Markt exportieren wolle.

### Originalautoren:

Michael Nienaber (Independent)  
Will Dunham (Reuters)

Quelle: <http://ind.pn/2jwZ2tF>

# Liebe Bürger des Altenburger Landes!

Ein Kommentar von Andreas Sickmüller

Ein Jahr und einige Monate sind vergangen, seitdem die Kanzlerin die Grenzen öffnete und bis heute ca. 2 Mio Migranten in unser Land strömten. Die meisten davon sind junge Männer zwischen 20 und 35 Jahren. Die wenigsten davon sind Flüchtlinge und viele kommen überhaupt nicht aus Kriegsgebieten oder sind gar politisch verfolgt. Eine Zeit, in der sich die Deutschen im Gleichgesang von Politik und Medien anhören mussten, dass Grenzen nicht geschützt werden können, dass keine Terroristen bei uns einsickern, dass viele Fachkräfte zu uns kämen und dass Gewalttaten Einzelfälle seien.

Jeder, der Politik und Medien widersprach, wurde sogleich als Rassist und rechtsextrem diffamiert. Die Menschen im Lande werden allorts um die freie Meinungsäußerung gebracht, andersdenkenden Angestellten werden Arbeitsplätze gekündigt, Unternehmen Aufträge entzogen.

Doch nicht nur das schafft ein Klima der Angst. Spätestens seit Silvester 2015 wissen Frauen, dass sie sich nicht mehr so unbeschwert bewegen können, im Schwimmbad, in der U-Bahn und im Park, wenn es dunkel ist.

Fachkräfte die zu Netto-Einzahlern in Sozialkassen würden, versprach Landrätin Sojka zu Beginn der Flüchtlingswelle. Jeder weiß mittlerweile jedoch, dass die wenigsten der Wirtschaftsflüchtlinge Fachkräfte sind. Im Altenburger Jobcenter sind etwa 500 Asylanten registriert, von denen laut Aussage des Abteilungsleiters Neumerkel 5-10 ernstzunehmende Erwerbsbe-

mühungen zeigen. Das sind rund 1%. Seit Würzburg, München, Ansbach und zuletzt Berlin wissen auch alle, dass wir Hunderte, wahrscheinlich Tausende von gewaltbereiten Asylterroristen in unserem Land beherbergen. Wie konnte es soweit kommen? Haben sich Politik und Medien etwa getäuscht? Haben sie sich getäuscht oder haben sie am Ende nur den Bürger getäuscht?

In derselben Weise wie Landrätin Sojka bei Bürgerversammlungen die Sorgen der Menschen ignorierte, ignorierten die gesamten



deutschen Medien und Politiker z.B. auch, dass in den USA mehr als 50 % der Bevölkerung Donald Trump nicht für einen Verrückten, sondern für den besseren Präsidenten der USA halten.

Liebe Bürger, haben Sie in der BRD auch nur eine Zeitung oder einen einzigen TV Sender erlebt, der positiv über Donald Trump berichtete? Die US-Berichterstattung und die im europäischen Ausland sah völlig anders aus als hier bei uns. Gleichermaßen wurde in den USA und dem europäischen Ausland völlig anders über die Flüchtlingskrise berichtet als hierzulande. Nur hier in Deutschland wurde jeder vom Polit-Medienkartell an den Pranger gestellt, der die Flüchtlingspolitik kritisierte.

Ein Jahr und einige Monate sind vergangen, seit sich das Bürgerforum Altenburger Land aus Initiative von neun Bürgern gründete, die nie zuvor politisch aktiv oder vernetzt waren. Die mittlerweile mehrere hundert Mitglieder und Sympathisanten haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Menschen über die von Politik und Medien unterschlagenen Fakten zu informieren und die Lügen derer aufzudecken. Eine Bürgerbewegung, die gegen alle Widerstände und ohne öffentliche Unterstützung dafür sorgte, dass die Falsch Aussagen der Landrätin Sojka zu den Flüchtlingszahlen ans Tageslicht gerieten. Dass sich Bürger, Unternehmer, Anzeigenblätter und teilweise sogar Lokalpolitiker mit ihrer Kritik an der Landrätin Sojka und der Flüchtlingspolitik hinter der Deckung hervor trauten, wäre ohne die Aktivitäten des Bürgerforums wohl kaum denkbar gewesen.

Nicht alle machten dabei mit, als man versuchte das Bürgerforum in die rechte Ecke zu stellen wohlwissend, dass es durchaus rechts davon politische Strukturen gibt.

Das Bürgerforum ist eine politisch neutrale Bürgerbewegung, die es sich zur Aufgabe machte, Menschen mit der Wahrheit zu versorgen und das Sprachrohr derer zu sein, die mit dieser Politik nicht einverstanden sind. Wenn Sie an der Wahrheit interessiert sind und wenn Sie möchten, dass wir unsere Arbeit weiter machen:

**Unterstützen Sie uns!**

## Ihre Meinung ist uns wichtig

- Deutscher Zivilschutz e.V. - Naumannstr. 14 - [04626] Schmölln
- Schnaudertal Apotheke in den Westpassagen - Zeitzerstr. 51 - [04610] Meuselwitz
- BRILLEN BERGER - Kornmarkt 1 - [04600] Altenburg
- Bürogemeinschaft - Kesselgasse 8 - [04600] Altenburg

Bei diesen Stellen können Sie auch vor Ort Ihre Adresse angeben und wir versuchen, Ihnen die nächsten Ausgaben direkt zuzustellen. Oder nutzen Sie unser Formular im Internet:

<http://bit.ly/2j8Yy0U>

An diesen Stellen sind Spendenboxen aufgestellt. Über Ihre Unterstützung unserer Arbeit würden wir uns freuen!

## Verschärfung der Abschieberegeln?

Ein Kommentar von Andreas Sickmüller

Gerade seit dem Lkw Terroranschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt, bei dem 12 Menschen ihr Leben verloren und fast 50 größtenteils schwer verletzt wurden kolportieren viele Medien die Absicht der Politik, die Abschiebep Praxis zu verschärfen. Reflexartig reagiert man seitens der Politik auf diesen hinterhältigen Massenmord. Bei diesem Terroranschlag haben Menschen, die einen Anspruch auf Schutz durch den Staat haben „mit Ansage“ ihr Leben verloren. Alle Kritiker, die nach Paris, Brüssel und Nizza solche Terroranschläge auch bei uns voraussagten und dafür kritisiert wurden, haben recht behalten. Es war nur eine Frage der Zeit, bis ein solcher Anschlag in dem Land passierte, das die Flüchtlingskrise in der EU verursachte.

Wie immer reagiert die Politik erst hinterher auf Vorhersehbares. Diesmal mit dem Vorschlag, Gefährder schneller abzuschieben und die Voraussetzungen hierfür zu vereinfachen.

## Ein Terrorist lebte jahrelang unerkannt in Altenburg

Fortsetzung von Seite 1

Die Verbindungen der Terrornetzwerke, in denen sich Al-Dagma und seine Komplizen organisiert hatten, reichten von der Deutschen Terrorzelle „al-Tawhid“ bis nach „Al-Qaida“. Wegen der Unterstützung von Terrororganisationen und der Planung mehrerer Anschläge wurde Al-Dagma im April 2002 festgenommen und Jahre später in Düsseldorf zu mindestens 5 Jahren Haft verurteilt. Man könnte meinen, der Fall sei abgeschlossen und gehöre zu den Akten. Ruft man sich die vergleichsweise harten Worte des urteilsverkündenden Richters, Ottmar Bredling, ins Gedächtnis, so könnte man jedoch denken, dass er irgendwie die Zukunft vorhergesehen hat. Die Beschuldigten hätten wegen ausländerrechtlichen Verstößen

Jedoch bereits vor einem Jahr, Anfang 2016, fabulierten die ZEIT, die FAZ, und der Spiegel von „so vielen Abschiebungen wie nie zuvor“.

Und dies, obgleich seinerzeit im Bundesland Bremen in 2015 nur jeder 70. **abgelehnte** Asylantragsteller abgeschoben wurde.



Bildquelle: fotolia/Ralf Geithe

Das bedeutet, dass 69 von 70 Abgelehnte nicht abgeschoben werden. Ähnlich verhält es sich in Nordrhein-Westfalen, wo vor allem Migranten aus Nordafrika an Silvester von sich reden machten. Migranten, die aus Ländern gänzlich ohne Fluchtgründe kommen und die an Silvester 2016 in Köln nur aufgrund massiver Polizeipräsenz nicht wie in 2015 vergewaltigen und rauben konnten. Somit entlarvt sich das Politge-

trommel nach einer schärferen Abschiebep Praxis als das, was es ist: Reines Wahlkampfgeplänkel.

Dass 2016 weitere 320.000 als Flüchtlinge deklarierte Migranten nach Deutschland eingewandert sind, verschweigt man dem Bürger. Bis Dezember 2015 wurden wir täglich mit den aktuellen Flüchtlingszahlen bombardiert. Mittlerweile hat das Polit-Medienkartell diese Informationsstrategie geändert. Die Bürger bekommen gar keine Zahlen mehr präsentiert. Sie dürfen lediglich die negativen Folgen und die immensen Kosten für dieses beispiellose Migrationsexperiment tragen. Sie werden von Politik und Medien nach Strich und Faden belogen. Wer die Wahrheit beim Namen nennt, muss entweder mit Kündigung rechnen oder wird als Rechtsradikaler diffamiert.

„frühzeitig abgeschoben werden müssen“ ist in der Welt über diesen Fall zu lesen. „Es war nur eine Frage der Zeit“ zitierte die Webseite worldjewishcongress.org den Richter.



„Beide al-Tawhid Fälle hätten vermieden werden können, wenn das Einwanderungsrecht konsequent angewandt worden wäre“ kann auf NBCnews.com und auf Spiegel Online nachgelesen werden.

Die Faktenlage wirft einige Fragen auf, um deren Beantwortung wir beim Landratsamt Altenburger Land gebeten haben. Insbesondere wäre im Interesse der

Öffentlichkeit, ob die Behörden mit Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz zusammenarbeiten, um Kenntnis darüber zu erlangen, ob und wie viele potentielle Gefährder sich im Landkreis aufhalten. Auch wäre wissenswert, ob beobachtete Gefährder Asyllleistungen beziehen. Das Landratsamt Altenburger Land äußerte gegenüber der Redaktion von **altenburg-online**, dass der Behörde solche Informationen nicht vorliegen. Vielmehr sei für die Prüfung der Asylanträge das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig. Ob sich potentielle Gefährder im Landkreis aufhalten, ist der Behörde jedenfalls nicht bekannt. Demgegenüber ist man über die Anzahl der im Kreis vermuteten Reichsbürger (ca. 50) erstaunlich gut informiert.

Quellen:

- (1) <http://bit.ly/2kiMuXN>
- <http://bbc.in/2jevaRK>
- <http://bit.ly/2jwQxyQ>
- <http://bit.ly/2jeCU6c>

## Ein Brief an Frau Sojka

Sehr geehrte Frau Sojka,

meine Tochter Jaqueline (Name geändert) besucht ein Gymnasium in Meuselwitz in der 7. Klasse. Für März diesen Jahres ist eine Klassenfahrt nach Großbritannien geplant. Die Kosten für Fahrt und Unterkunft betragen 450,00 €. Ich selbst bin in der Altenpflege vollbeschäftigt und verdiene 934 € Netto im Monat. Da es mir nicht möglich ist, diese Reise aus eigener Kraft zu finanzieren, bin ich auf Unterstützung angewiesen.

Die Klassenfahrt kann auch nur stattfinden, wenn alle Schüler der Klasse teilnehmen. Welcher soziale Zwang hierdurch entsteht, brauche ich Ihnen als Pädagogin sicher nicht zu erklären. Ich erfragte Ende 2016 beim Bürgerservice des LRA, wo ich eine etwaige finanzielle Unterstützung beantragen könne. Der diensthabende Mitarbeiter teilte mir mit, dass es nicht möglich sei, hierzu von irgendeiner Institution finanzielle Unterstützung zu erhalten, wenn nicht bereits Leistungen aus dem Bereich Sozialgeld/SGB bezogen würden. In einer Zeit, in der...

- pro Jahr abermillarden Euro für Millionen von Wirtschaftsflüchtlings und Zigtausend je einzelem unbegleiteten Jugendlichen für eine Rundumbetreuung ausgegeben werden
- eine sechsköpfige Asylanterfamilie im Altenburger Kreis bei voller Krankenversorgung und GEZ-Befreiung leistungslos und ohne jemals in unsere Sozialsysteme eingezahlt zu haben über 2600 Euro im Monat ausgezahlt bekommt
- der Landkreis/ das Jobcenter pro Jahr hunderttausende Euro für Integrationskurse verbrennt, obgleich diese von weniger als 15 % der Migranten erfolgreich absolviert werden
- von rund 500 Asylanter, die beim Jobcenter gemeldet sind, laut Aussage des Jobcenters selbst ca. 5 -10 echte Erwerbbsbemühungen zeigen und der Rest leistungslos nahezu das „gleiche“ Geld zur Verfügung hat wie ich, die vom Jobcenter zur Ausübung dieses unwürdig unterbezahlten Jobs genötigt wurde.
- zigtausend Euro vom Landkreis für Beschäftigungstherapie Kurse wegen monatelanger Wartezeiten zu Integrationskursen ausgegeben werden
- für einzelne Taxifahrten von Asylanterstellern hunderte von Euro ausgegeben werden, während ich für die Schulbusfahrkarte meiner Tochter 42,00 € pro Monat selbst bezahlen muss.
- gigantische Anstrengungen, Aufwendungen und Kosten in Kauf genommen werden, um fremden Menschen **alle** erdenkliche Hilfe zukommen zu lassen

In einer solchen Zeit, kann ich es mir nicht vorstellen, dass einem Elternteil mit einem versteuertem Einkommen, das knapp über dem Hartz 4 Satz liegt, keine Unterstützung zusteht. Falls dem so sein sollte, hätte ich dies gerne schriftlich von Ihnen. Ich bitte Sie, mir im Kontext zeitnah zu antworten, da die Klassenfahrt sonst nicht angetreten werden kann.

## Ehrlicher Journalismus in Zeiten der Lüge!



Bestellung unter [shop@compact-mail.de](mailto:shop@compact-mail.de)  
oder 03327-5698611, per FAX 03327-5698617  
Im Webshop: [compact-shop.de](http://compact-shop.de)

**Jetzt am guten Kiosk!**

## In eigener Sache

Anbetracht gleichgeschalteter Berichterstattung der etablierten Medien haben es sich das Bürgerforum Altenburger Land und der Deutsche Zivilschutz e.V. zur Aufgabe gemacht, die Bürger des Altenburger Umkreises mit den Informationen zu versorgen, die ihnen entweder vorenthalten oder verfälscht dargestellt werden. Aus diesem Anspruch heraus ist das Projekt „Bürgerzeitung“ entstanden.

Wie bedroht unser aller Grundrecht auf freie Meinungsäußerung mittlerweile ist, sieht man an den neuesten Bemühungen führender Politiker gegen sogenannte „Fake News“ (Falschnachrichten) vorzugehen. So forderten Justizminister Heiko Maas und der designierte Kanzlerkandidat Martin Schulz (SPD) eine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Geld- oder sogar Gefängnisstrafen seien denkbar. Ein entsprechendes Gesetz ist für 2017 bereits geplant. Was Fake News genau sind entscheidet dann ein sogenanntes Abwehrzentrum gegen Falschmeldungen. Damit wir aus diesem Zeitungsprojekt ein dauerhaftes Konzept entstehen lassen können und um dieser Entwicklung der allgegenwärtigen medialen Manipulation entgegenwirken zu können, bitten wir um Ihre finanzielle, logistische als auch inhaltliche Unterstützung. Nehmen Sie hierzu einfach kurz Kontakt mit uns auf. Unsere Kontaktdaten finden Sie rechts im Impressum. Wir bedanken uns bei allen, die uns mit ihren bisherigen Spenden bei der Umsetzung dieses Projekts unterstützt haben.

## Fremdenfeindliches Altenburg!

Ein Kommentar von Frank Schütze

Mit diesem Überbegriff muss man die Schlagzeilen der aktuellen Berichterstattung des Deutschlandfunk, Spiegel, MDR, der Taz, Deutschen Presseagentur, ARD und Tagesthemen zum Boykottaufruf des Altenburger Bürgerforums zusammenfassen.

Bei einer Demonstration im Oktober 2016 rief ein Redner des Bürgerforum Altenburg ausgegrenzte Altenburger zu einem Boykott gegen das Altenburger Theater und das Lindenaumuseum auf. Der Boykottaufruf war auch gegen Landrätin Sojka wegen ihrer unkritischen Haltung zur Flüchtlingspolitik gerichtet. Nachdem die politischen Wogen wegen des Boykottaufrufs auf lokaler Ebene abgeebbt schienen, kochen Monate später überregionale Medien das Thema wieder hoch und stigmatisieren die gesamte Region um Altenburg als fremdenfeindlich. Auch machen diese Medien den Schuldigen für die seit Mitte 2015 von ihnen festgestellte Zunahme der Altenburger Fremdenfeindlichkeit schnell aus:

Das Bürgerforum sei Schuld an der zunehmenden Radikalisierung der Altenburger. Die überregionalen Medien stellen den Boykottaufruf als unbegründeten und fremdenfeindlichen Akt dar. Mehrere Schauspieler hätten laut Schauspielere Stengele wegen fremdenfeindlicher Pöbeleien das Theater-Ensemble verlassen. Allerdings ließ sich diese Behauptung auch auf Nachprüfung nicht verifizieren. Selbst die Osterländer Volkszeitung äußerte mit einem Artikel in erfreulich objektiver Weise erhebliche Zweifel an den Behauptungen Stengeles.

Den Boykottaufruf gegen das Theater initiierte der Redner Andreas Sickmüller in Hinblick auf die Fehlentscheidungen der Landrätin Sojka. Diese führten zu einer konzentrierten Unterbringung von Migranten in den Wohngebieten ABG-Nord und Süd-Ost. Die dadurch entstandenen Müll- und Lärmprobleme verursachten erhebliches Konfliktpotential. Als selbst die Lokalpresse die immer weiter ausufernden Probleme mit den als

Flüchtlinge deklarierten Migranten aufgriff, stellte sich Landrätin Sojka im Okt 2016 in ABG-Nord einer Bürgerversammlung. Diese wurde wegen der zahlreichen bei der Stadt Altenburg eingegangenen Beschwerden vom Oberbürgermeister Wolf organisiert. Praktisch die gesamte anwesende Bürgerschaft richtete dabei ihren teils heftigen Groll gegen die Landrätin, die mit fast spöttischer Arroganz implausibel gegen die berechtigten Belange der Anwohner argumentierte.

Als von den rund 700 Anwesenden rund 30 überwiegend dem Theater-Spektrum zuzuordnende Anwesende für die Landrätin Partei ergriffen, löste dies in der Nord-Sporthalle verbale Scharmützel aus. Die Anwohner spürten, wie man sich glatt über ihre Sorgen hinwegsetzte. Die Sojka Anhänger bezeichneten die Anwohner pauschal als Fremdenfeinde und ignorierten deren Probleme. Es war nicht mehr zu übersehen, dass die Landrätin ihre Theater-Claqueure vorsorglich zur Bürgerversammlung mitbrachte. Ohne jene wäre sie wohl völlig isoliert mit ihrer, gegen die Bürger gerichteten, Haltung dagestanden. Einige Tage später äußerten sich dann in einer Lokalzeitung tatsächlich zwei Schauspieler des Theaters zur Bürgerversammlung in verurteilender Weise, ohne auch nur im Ansatz auf berechnete Anwohner-Belange einzugehen - abermals mit pauschalen Fremdenfeindlichkeits-Vorhalten.

Dieses geschlossene Auftreten der Altenburger Theater Akteure, mit der sie die Anwohner der Wohngebiete und Gegner dieser Flüchtlingspolitik pauschal ausgrenzten, nahm sich Sickmüller bei der Demonstration in Altenburg zum Anlass für den Boykottaufruf. Er rief alle auf, die gegen diese Politik seien, es den Ausgrenzenden gleich zu tun und diese mittels Boykott selbst auszugrenzen.

In einem Artikel des Deutschlandfunks vom 08.01.2017 bekräftigte Schauspielere Stengele seine pauschale Ausgrenzung Andersdenkender, indem er die Art und Weise, in der Altenburger ihre Meinungsfreiheit darbringen, als „ziemlich ekelhaft“ bezeichnete. Man habe sich die Ablehnung von Rechtspopulisten hart erarbeitet

und würde etwas falsch machen, wenn man vom Bürgerforum akzeptiert würde. Dem nachdenklichen Betrachter stellt sich die Frage, wie ein Schauspielere Stengele, der sich einerseits weltoffen gibt, gleichzeitig pauschal ganze Gruppen wegen der Aussagen eines Einzelnen ausgrenzen kann?

Weiter stellt sich die Frage, was die Medien zu einer Zweitaufgabe dieser inszeniert wirkenden Entrüstung bewog, wo man sich laut Stengele die Ablehnung der Rechtspopulisten doch so „ehrlich erarbeitet“. Die abschließende Einordnung ergibt, dass sich die Theater-Akteure von Landrätin Sojka - wohl auch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit - zu deren Befürwortern haben instrumentalisieren lassen. Die Medien haben diesen entscheidenden Zusammenhang zum Boykottaufruf unter den Tisch fallen lassen und den Aufruf in einen pauschalen und unbegründeten Akt der Fremdenfeindlichkeit des ganzen Landkreises umgedeutet.

Es taucht damit wieder ein mittlerweile allgegenwärtiges Schema auf: Einzelne Sachverhalte werden aus einem Zusammenhang gelöst und in einen anderen eingefügt. Damit entsteht ein völlig abweichendes Bild zum tatsächlichen Ablauf, womit Andersdenkende diffamiert werden können, egal wie sachlich sie ihre Argumente vortragen. Ist die Meinung nicht politisch korrekt, wird sie als fremdenfeindlich gebrandmarkt.

### Impressum

Deutscher Zivilschutz e.V.  
Naumannstr. 14  
[04626] Schmölln  
[info@deutscher-zivilschutz.de](mailto:info@deutscher-zivilschutz.de)  
0176 23748136

Für den Inhalt von Anzeigen (dazu gehören auch Texte, welche als Anzeige deklariert sind) zeichnet sich nicht der Deutsche Zivilschutz e.V. verantwortlich. Diese unterliegen der Verantwortung des jeweiligen Werbeproduzenten.

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte sowie telefonisch übermittelte Anzeigen übernimmt der Deutsche Zivilschutz e.V. keine Haftung.

Für die Inhalte der einzelnen Beiträge sind die Autoren jeweils selbst verantwortlich.